

**Zusammenfassung:** Der Beitrag befasst sich mit dem Protestverhalten der deutschen Bevölkerung. Im Mittelpunkt stehen die Veränderungen über die Zeit wie auch Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen. Die Untersuchung nutzt Daten verfügbarer Umfragen aus den Jahren 1990, 1999 und 2013. Die Ergebnisse zeigen, dass die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland abnehmen. Demonstrationen scheinen heute zu einem normalen Bestandteil der politischen Beteiligung in Ost und West geworden zu sein.

**Stichworte:** politische Partizipation, Protest, Ost-West-Vergleich, politische Kultur

### Different protest cultures? A comparative analysis of participation in demonstrations in East and West Germany, 1990-2013

**Summary:** The article examines the protest behavior of the German population, by comparing differences between East and West and by addressing changes over time. The paper uses data from available surveys from 1990, 1999 and 2013. The results reveal that differences between East and West Germans diminish. Demonstrations have become today a normal and universally proven means of political participation in East and West Germany.

**Keywords:** political participation, protest, east-west comparison, political culture

#### AutorInnenangaben:

Prof. Dr. Christian Lahusen, Universität Siegen, Adolf-Reichwein-Str. 2, 57068 Siegen, lahusen@soziologie.uni-siegen.de;

Lisa Bleckmann, M.A., Universität Siegen, Adolf-Reichwein-Str. 2, 57068 Siegen, lisa.bleckmann@uni-siegen.de

Sieglinde Rosenberger, Helen Schwenken, Maren Kirchhoff und  
Nina Maria Merhaut

### Abschiebe-Protest-Kulturen: Abschiebungen als Konfliktfeld in Deutschland und Österreich zwischen 1993 und 2013<sup>1</sup>

#### 1. Einleitung

Als Reaktion auf den *deportation turn*<sup>2</sup>, der seit den 1990er Jahre in einigen europäischen Ländern beobachtet wird, formierte sich auf Straßen und Plätzen, auf Flughäfen, vor und in Unterkünften von Asylsuchenden sowie in Abschiebe(haft)zentren zivilgesellschaftlicher Protest und individueller Widerstand. Die politikwissenschaftliche und soziologische Bewegungsforschung zeigten für diese neuen politisch hoch sensiblen Proteste vorerst wenig Interesse. Diese Ignoranz mag teils überraschen, da es sich bei der Asylpolitik um ein Feld mit besonderer politischer Aufmerksamkeit, Zuspitzung und Polarisierung handelt;<sup>3</sup> sie mag teils nicht überraschen, da die zwangsweisen Außerlandesbringungen als wesentliche Komponente restriktiver Migrations- und Asylpolitik lange Zeit öffentlich unbeobachtet durchgeführt wurden.<sup>4</sup> Erst nach Antje Ellermanns vergleichender Pionierpublikation »States against Migrants«<sup>5</sup> aus dem Jahr 2009 widmete sich die Protest- und Bewegungsforschung zunehmend auch diesem politischen Bereich.<sup>6</sup> Die nun entstandenen, meist länderspezifischen Untersuchungen behandelten Fragen, wie unter welchen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen Proteste organisiert, welche Anliegen verfolgt werden und welche Auswirkungen diese auf die jeweiligen Abschieberegulungen zeitigen.

Die MigrationsforscherInnen Nathalie Peutz und Nicholas De Genova charakterisieren Abschiebungen als eine der härtesten Maßnahmen der Migrationskontrolle, heben ihren disziplinierenden Charakter hervor und diagnostizieren ein

1 Der Beitrag basiert auf dem D-A-CH-Projekt »Taking Sides: Protests Against the Deportation of Asylum Seekers« (siehe: <http://inex.univie.ac.at/research/taking-sides/>, Zugriff vom 2.6.2017), gefördert durch FWF, DFG und SNF (FWF-Projekt I 1294; DFG-Fördernummer SCH 1389/5-1). Wir danken dem Schweizer Projektteam mit Gianni D'Amato, Dina Bader, Johanna Probst und Didier Ruedin sowie Sarah Mayer, David Lorenz, Sarah Nimführ, Verena Stern und den studentischen ProjektmitarbeiterInnen für empirische Erhebungen und die Mitarbeit am Gesamtprojekt sowie den anonymen GutachterInnen und HerausgeberInnen für die anregenden und sorgfältigen Kommentierungen.

2 Gibney 2008, S. 146.

3 Gruber 2010.

4 Castañeda 2010.

5 Ellermann 2009.

6 Bspw. Freedman 2009; Nyers 2010; Tazreiter 2010; McGregor 2011; Rygiel 2011; Rosenberger, Winkler 2014; Gill 2014.

globales *deportation regime*.<sup>7</sup> Tom Wong erkennt kein globales Abschieberegime, sondern spricht von *deportation nations* als denjenigen Staaten, in denen Abschiebungen im Kontext nationalstaatlicher Souveränität besonders stark ausgeprägt sind.<sup>8</sup>

Dieser Form der Migrationskontrolle widersprechen Teile der Bevölkerung. Sie machen durch ihren Protest »von unten« Abschiebungen zum gesellschaftlichen und politischen Konflikt. Gruppen, Organisationen und Einzelne solidarisieren sich mit Abzuschiebenden, organisieren vielfältige Protestaktivitäten und fordern das Abschieberegime heraus.<sup>9</sup> Dieses kollektive Engagement, das sich sowohl gegen Entscheidungen der politischen als auch der administrativen Arena richtet, hat eine starke ethische Komponente – es unterstützt in solidarischer Weise Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus, geringen materiellen Ressourcen und kaum faktischen Rechten. Neben diesen ethischen und menschenrechtlichen Aspekten betonen Peutz und De Genova<sup>10</sup> die hohe politische Relevanz von Anti-Abschiebungsprotesten. Sie sehen in ihnen eine weltweit präsente, umstrittene Beziehung zwischen »sovereignty, space, and the freedom of movement«.<sup>11</sup> Protesthandeln stellt, so auch Anderson, Gibney und Paoletti, fundamentale staatliche Konzepte wie Mitgliedschaft, Souveränität und Grenze einerseits und universelle Grund- und Menschenrechte wie individuelle Bewegungsfreiheit andererseits zur Debatte.<sup>12</sup> Diese Verknüpfung mit nationalstaatlichen und internationalen Konzepten und Rechten unterstreicht den immanent politischen, auf Veränderung sozialer Verhältnisse abzielenden Anspruch dieser Auseinandersetzungen.

Die Literatur über Kämpfe gegen Abschiebungen spricht des Weiteren von ihnen als Momentum einer globalen »generalisierbaren und universellen Menschenrechtsbewegung«.<sup>13</sup> Mit anderen Worten: Einem explizit nationalstaatlichen politischen Instrument, das die Souveränitätsidee wie kaum ein anderes symbolisiert, wird mit analytischen Perspektiven der Transnationalisierung beziehungsweise Globalisierung begegnet.

Der folgende Beitrag schätzt einige der hier skizzierten Befunde vorsichtiger ein. Er präsentiert hierzu Ergebnisse einer vergleichenden Untersuchung von Protestereignissen, die sich gegen Abschiebungen von abgelehnten AsylbewerberInnen in Deutschland und in Österreich richten. Die Evidenz zur Frequenz, den AkteurInnen, den Mitteln und Forderungen basiert auf einer Langzeitanalyse von medial berichteten Protestereignisdaten (1993-2013). Die zentrale Fragestellung, die dieser Analyse zugrunde liegt, lautet: Welche Rolle spielen politische und diskursive

nationale Kontextfaktoren sowie protest-immanente Komponenten für unterschiedliche Protestcharakteristika in den beiden untersuchten Ländern?

Bei der Erhebung und Analyse der Daten stützen wir uns auf Zugänge, Perspektiven und Werkzeuge der sozialen Protest- und Bewegungsforschung, und hier insbesondere auf Untersuchungen zu solidarischen Protesten.<sup>14</sup> Ziel ist es, Charakteristika der Proteste gegen Abschiebungen zu identifizieren und diese vor dem Hintergrund institutioneller und diskursiver Kontextstrukturen zu reflektieren. Zur Untersuchung der Kontextbedingungen, die diese Merkmale beeinflussen, greifen wir auf den Ansatz der politischen Gelegenheits- beziehungsweise Kontextstrukturen der sozialen Bewegungsforschung zurück.<sup>15</sup> Dieser Ansatz hält ein Spektrum an endogenen und exogenen Erklärungsfaktoren für das Auftreten, die Form, den Verlauf und Erfolg von Bewegungen bereit. Wir werden argumentieren, dass unterschiedliche Kanäle des Einspruchs und der Kritik an staatlichen Entscheidungen sowie unterschiedliche Politisierungsintensitäten von Asyl und Flucht sowohl die Eigenheiten von Anti-Abschiebe-Protesten als auch die länderspezifisch unterschiedlichen Ausprägungen verstehbar machen. *Issue*-spezifische Faktoren, wie die Asylgesetzgebung oder die Entwicklung von Abschiebezahlen, hingegen spielen eine geringere Rolle.

Im Folgenden blicken wir zunächst auf den Forschungsstand zu Anti-Abschiebe-Protesten und stellen dann die Länderauswahl sowie das methodische Vorgehen der Datenerhebung und -analyse dar. Anschließend werden Charakteristika der Anti-Abschiebe-Proteste in Deutschland und Österreich vergleichend präsentiert und Erklärungen für die Unterschiede der Proteste gegeben. In einem Ausblick formulieren wir, aus den Ergebnissen unserer Analyse folgernd, Einschätzungen bezüglich Protestentwicklungen nach dem Sommer 2015.

## 2. Proteste gegen Abschiebungen als Forschungsgegenstand

Der Ausschluss von Menschen aus einem staatlichen Territorium, einem Rechtsbereich, einer Gemeinschaft und aus sozialen Beziehungen gilt als das ultimative Zwangsinstrument der *post-entry*-Migrationskontrolle. In kaum einem anderen Politikbereich ist die konfrontative Konstellation »States against Migrants«<sup>16</sup> sowie, im Falle von Protestsituationen, von staatlichen Institutionen wie Polizei gegen (pro-)migrantische Personen derart profiliert. Proteste gegen Regelungen sowie gegen die Durchführung von Abschiebungen sind eine »von unten« initiierte Form der Aushandlung darüber, wer sich auf dem nationalstaatlichen Territorium befinden darf und berühren somit direkt den Kern der imaginierten nationalstaatlichen Souveränität, über Grenzen und die Aufnahme von Menschen zu entscheiden.<sup>17</sup>

14 Guigni, Passy 2001.

15 Rucht 1994; Johnston 2011; Valocchi 2009.

16 Ellermann 2009.

17 Anderson, Gibney, Paoletti 2011.

7 Peutz, De Genova 2010, S. 6.

8 Wong 2015, S. 65.

9 Ellermann 2009; Freedman 2009; Tazreiter 2010; Freedman 2011; Rosenberger, Winkler 2014; Ataç et al. 2015; Mokre 2015; Patler, Gonzales 2015.

10 Peutz, De Genova 2010, S. 2.

11 Op. cit., S. 2; siehe auch Tazreiter 2010.

12 Anderson, Gibney, Paoletti 2011.

13 Tazreiter 2010, S. 201, Übersetzung durch die Autorinnen.

Studien zu Widerstandshandeln und Protesten gegen Abschiebungen unterscheiden zwischen solidarischen/unterstützenden Protesten und selbstorganisierten Protesten von Geflüchteten und MigrantInnen. Die Art der Betroffenheit sowie die Art des Interesses der Teilnehmenden sind die Kriterien für die Differenzierung zwischen diesen beiden Typen. Bei solidarischen Protesten engagieren sich BürgerInnen und zivilgesellschaftliche Organisationen, informelle und meist sich spontan bildende Protestnetzwerke für den Schutz von Rechten von MigrantInnen und Geflüchteten, also für die Rechte anderer. Basierend auf moralischen und ethischen Überzeugungen treten diese Netzwerke gegen politische Entscheidungen oder behördliche Maßnahmen auf.<sup>18</sup> Bei den selbstorganisierten Protesten hingegen leisten (potenziell) Betroffene selbst Widerstand gegen eine behördliche Entscheidung. Sie treten für ihr Bleiberecht oder das grundlegende Recht auf Aufenthalt und Bewegungsfreiheit über nationalstaatliche Grenzen hinweg ein.<sup>19</sup>

Neben eher deskriptiven Herangehensweisen zur Identifizierung und Charakterisierung der Protestbewegungen versuchen diese Studien auch das Entstehen, die Mobilisierung und den Verlauf zu erklären. Sowohl bewegungsexogene als auch bewegungsendogene Faktoren werden hierfür herangezogen. Letztere umfassen soziale Beziehungen zwischen Betroffenen und Protestierenden sowie Beziehungen zwischen unterstützenden Netzwerken. So erklärt Jane Freedman<sup>20</sup> das Entstehen der französischen *Réseau Education Sans Frontières-Bewegung* (RESF) mit alltäglichen Interaktionen zwischen AktivistInnen und Betroffenen. Politisch oder administrativ herbeigeführte brisante Situationen lösten *moral shocks* aus, die in der Folge BürgerInnen mobilisierten und an Protesten teilnehmen ließen. Freedman zieht aber auch protestexogene Faktoren heran, wie die Verabschiedung von politischen Maßnahmen, die als Katalysatoren der Mobilisierung dienen können. Rosenberger und Winkler<sup>21</sup> erklären das Aufkommen solidarischer Proteste gegen Abschiebungen im asylopolitisch restriktiv ausgerichteten österreichischen Umfeld ebenfalls mit protestendogenen Dimensionen. Soziale Bindungen der ProtestakteurInnen mit Abzuschiebenden sowie Emotionen (Empathie, Mitleid, Ärger, Zorn) mobilisieren Menschen, die die Situation von Anderen mit prekären Ressourcen verbessern wollen. Das *framing*, also die Rahmung von Problemursachen und deren Lösungen, spielt für den Erfolg der Proteste eine wesentliche Rolle. Der viel strapazierte Integrations-*Frame*, der als protestendogener Faktor gilt, setzt institutionelle Gelegenheitsstrukturen, wie den Zugang zu Bildungseinrichtungen oder zum Arbeitsmarkt voraus. Die vorliegende Analyse zeigt, wie protestendogene Faktoren mit protestexogenen in dynamischer Weise verknüpft sind.

Weshalb die Öffentlichkeit beim Thema der Abschiebungen eine restriktive Gesetzgebung unterstützt, gleichzeitig aber die Implementierung ablehnt, erklärt

Antje Ellermann<sup>22</sup> mit monetären und emotionalen Kosten. Nicht bei der Verabschiedung von Gesetzen, sondern erst in der Implementierungsphase würden die hohen Kosten von Abschiebungen sichtbar und von manchen BürgerInnen nicht akzeptiert. Die Verwaltung reagiere auf Protesthandeln, indem sie Entscheidungen auf übergeordnete Dienststellen verlagere, also faktisch verzögere. Mit diesen Überlegungen erlaubt Ellermann wesentliche Einblicke in Mechanismen des Auftretens fallbezogener Proteste und rückt auch einen anderen Protesttypus in das akademische Licht. Anliegen dieser unterstützenden Gruppen ist es, weniger auf sozialen und politischen Wandel abzielende Forderungen zu vertreten, sondern es handelt sich dabei um Gruppen, die *unmittelbar* eine individuelle Situation verbessern möchten.<sup>23</sup>

Heide Castañeda<sup>24</sup> weist im Jahr 2010 darauf hin, dass in Deutschland Abschiebungen keine populäre breit unterstützte Maßnahme gewesen seien und u.a. deshalb nicht konsequent implementiert worden wären. Um die Nicht-Implementierung staatlicherseits zu rechtfertigen, werde auf Ausnahmen verwiesen oder eine besondere Integrationsbereitschaft beziehungsweise Schutzbedürftigkeit betont. Diese Aspekte würden in der Folge beeinflussen, ob und welche Proteste eine Abschiebung erfolgreich stoppen könnten, das heißt, wer bleiben dürfe und wer nicht. Claudia Tazreiter<sup>25</sup> untersucht die Bewegungsorganisationen für Rechte von Asylsuchenden im Einwanderungsland Australien und kommt zum Schluss, dass die neoliberale ökonomische und politische Ausrichtung die Bedingungen für solidarisches Handeln beeinträchtige. In einem durch individuelle freiheits- und nutzenorientierten Werten strukturierten Umfeld werde es für Menschen schwieriger, sich für Schwächere und weitgehend Rechtlose öffentlich zu engagieren, Zeit und Loyalität aufzubringen.

Diese hier skizzierten Forschungen zeigen, dass der Wissensstand zu Protesten gegen Abschiebungen überwiegend aus situativen und in nationalen Kontexten angesiedelten Untersuchungen resultiert. Trotzdem suggerieren diese Untersuchungen eine länderübergreifende, wenn auch nicht koordinierte, soziale Protestbewegung, in der sich zivilgesellschaftliche AkteurInnen mit ähnlichen Mitteln für ähnliche Forderungen einsetzen.<sup>26</sup> Es fehlen zeit- und ländervergleichende Analysen, die über einen längeren Zeitraum und über nationale Kontexte hinweg Protestdimensionen untersuchen, um den aus der Literatur entstehenden Eindruck großer Ähnlichkeiten zu überprüfen und systematisch Erklärungen für Spezifika zu finden. Mit diesem Artikel möchten wir dieses Defizit bearbeiten, indem wir Protestereignisse gegen Abschiebungen in zwei bislang zu diesen Themen kaum beforschten Ländern, Deutschland und Österreich, über einen längeren Zeitver-

18 Guigni, Passy 2001; Tazreiter 2010; Freedman 2011.

19 Ataç et al. 2015; Ataç 2016; Schwenken 2006, S. 143-172; Schwietz 2015.

20 Freedman 2011, S. 621.

21 Rosenberger, Winkler 2014.

22 Ellermann 2009.

23 Rosenberger, Winkler 2014.

24 Castañeda 2010.

25 Tazreiter 2010, S. 203.

26 U.a. Peutz, De Genova 2010; Tazreiter 2010.



lauf untersuchen und daraus Erkenntnisse zu Protestcharakteristika und deren institutionellen wie diskursiven Bedingungen gewinnen.

### 3. Deutschland und Österreich – (k)eine Bewegungsgesellschaft

Warum sind Deutschland und Österreich aufschlussreich, wenn es um die Frage geht Charakteristika von Protesten gegen Abschiebungen zu erkennen und diese an bestimmte Einflussfaktoren rückzubinden? Wir gehen davon aus, dass ein Vergleich aufschlussreich ist, weil beide Länder eine Reihe von ähnlichen *issue*-bezogenen und politischen Kontextfaktoren aufweisen, aber gleichzeitig in Hinblick auf die nationalen Protestkulturen deutlich divergieren. Somit erlauben sie uns, erstens Charakteristika der Anti-Abschiebe-Proteste zu erkennen und zweitens die Relevanz nationaler Kontextfaktoren für das Aufkommen und die unterschiedliche Ausprägung von Protesten zu identifizieren.

Zu den Ähnlichkeiten zwischen den beiden Ländern zählen hohe Asylantragszahlen pro EinwohnerInnen, eine große Zahl geduldeter Personen, das heißt Personen ohne Aufenthaltserlaubnis, die aus verschiedenen Gründen nicht abgeschoben werden können, und eine im Zeitverlauf restriktiver werdende Asylgesetzgebung. In Österreich wurde 1991 die Asylgesetzgebung entwickelt und im Zuge dessen auch das Ausweisungsregime institutionalisiert. In Deutschland wurde 1993 durch den sogenannten Asylkompromiss das Grundrecht auf Asyl beschränkt. Seit Beginn der 1990er Jahre wird in beiden Ländern AsylbewerberInnen dann kein Asyl gewährt, wenn sie entweder durch einen sogenannten sicheren Drittstaat eingereist sind oder sie aus einem Herkunftsstaat kommen, der als frei von politischer Verfolgung eingestuft wird. Vor diesem Hintergrund zählen, spätestens seit den 1990er Jahren, sowohl in Deutschland als auch in Österreich mit Zwang vollstreckte Abschiebungen zum Standardrepertoire des Umgangs mit staatlich unerwünschter Migration. Zu bestimmten Zeiten wurde das Instrument intensiver angewandt, zu anderen Zeiten zurückhaltender.<sup>27</sup> Beide Staaten lassen sich somit mit Tom Wong als »deportation nations«<sup>28</sup> fassen. Trotzdem greift die Maßnahme der Abschiebung in beiden Ländern häufig nicht so, wie es sich Innenbehörden wünschen, sondern werden durch individuellen Widerstand oder den

zuletzt in der öffentlichen Debatte hervorgehobenen mangelnden Kooperationswillen bei der Ausstellung von Ausreisepapieren der vermeintlichen Herkunftstaaten vor allem aber durch rechtliche Regelungen und Rechtsprechungen beschränkt.<sup>29</sup>

Neben diesen themenspezifischen Ähnlichkeiten unterscheiden sich die zwei Länder hinsichtlich der politischen Kultur, das heißt konkret der Bedeutsamkeit von außerinstitutionellen Partizipationsformen wie Protesten, Demonstrationen und Widerstand gegen staatliche Einrichtungen.<sup>30</sup> Zu diesen allgemeinen Unterschieden kommen Unterschiede der politischen Kultur in Bezug auf die Themen Migration und Asyl. In Österreich mischt seit Jahrzehnten eine rechtspopulistische und gegen Einwanderung gerichtete Partei die politische Landschaft auf. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) polarisiert und politisiert, gemeinsam mit den jeweiligen Regierungen, das Feld der Migration.<sup>31</sup> Die Proteste gegen Abschiebungen ereignen sich hier also in einem Kontext negativer Politisierung<sup>32</sup> und einer überwiegend ablehnenden Haltung der Bevölkerung gegenüber MigrantInnen, insbesondere gegenüber Asylsuchenden.<sup>33</sup> In Deutschland fand die Integration asylkritischer Positionen lange in den Volksparteien, vor allem in der CDU, statt; rechtspopulistische Parteien hatten wenig langlebige Erfolge. Erst mit der Gründung der Alternative für Deutschland 2013 schafft es eine rechtspopulistische Partei beträchtliche Wahlerfolge zu erzielen. Allerdings ist in Deutschland Anfang der 1990er das Ausmaß rechtsradikaler gewalttätiger Übergriffe auf Asylsuchende und ihre Unterkünfte hoch.<sup>34</sup> Solchen Angriffen begegneten immer wieder größere Demonstrationen.<sup>35</sup> In Österreich fehlt, mit wenigen Ausnahmen einiger Großdemonstrationen,<sup>36</sup> die außerparlamentarische Opposition gegen restriktive Fremdengesetze. Dieser Befund hinsichtlich zivilgesellschaftlicher Aktivitäten im Feld Migration und Asyl geht konform mit der im Unterschied zu Deutschland generell geringen Neigung zu außerparlamentarischen Partizipationsformen. Die österreichische Politik ist konsensdemokratisch ausgerichtet und durch eine Parteiendemokratie charakterisiert, in der Konflikte innerhalb der repräsentativ-demokratischen Kanäle thematisiert und verhandelt werden und weniger durch so-

29 In Österreich liegt die »deportation gap« (Gibney 2008, S. 149) – d.h. die Differenz zwischen Personen, die theoretisch abschiebbar wären, und Menschen, die tatsächlich abgeschoben werden – seit den 2002er Jahren zwischen 60 und 70% (Rosenberger, Trauner 2014, S. 143). Für Deutschland liegen keine entsprechenden Berechnungen vor.

30 Siehe Dolezal, Hutter 2007; Hutter, Teune 2012.

31 Meyer, Rosenberger 2015.

32 Gruber 2010.

33 Rosenberger, Seeber 2011.

34 Koopmans 1997.

35 Roth, Rucht 2008, S. 34.

36 Lichtermeier 1993 mit 200.000 bis 300.000 Beteiligten in Wien; Genug ist genug-Demonstration im Jahre 2010.

27 In Deutschland stiegen Anfang der 1990er Jahre die Abschiebezahlen, wobei 1993 ein Höchstwert (99.349) erreicht wird. Zwischen 1995 und 1999 pendelt sich die Zahl bei 60.000 ein. Nach dem Ende des Bosnienkriegs 1996 werden sogenannte freiwillige Rückführungen praktiziert, deren Anzahl die Zahl an Abschiebungen zwischen 1997 und 2000 sogar übertrifft. Ab den 2000er Jahren sinkt die Zahl der Abschiebungen und pendelt sich relativ stabil zwischen 15-20.000 pro Jahr ein (siehe Kreienbrink 2007, S. 26; BAMF 2016). In Österreich erfolgten zwischen 1991 und 1999 jährlich rund 9.500 Abschiebungen. Ab 2003 werden Abschiebungen vermehrt durch Rückkehrförderungen ersetzt. Im Jahr 2010 liegt die Zahl geförderter Rückkehr mit über 4.500 sogar über den rund 4.000 Abschiebungen (siehe Rosenberger, Trauner 2014, S. 142).

28 Wong 2015.

ziale Bewegungen und Proteste von unten.<sup>37</sup> In Deutschland hingegen gab es nach 1945 deutliche Verschiebungen in den Mustern politischer Orientierung und Partizipation: Es sind »in breiten Bevölkerungsschichten – wenn auch in generations- und schichtspezifischer Akzentuierung – partizipative Orientierungs- und Handlungsmuster« entstanden,<sup>38</sup> zu denen die neuen sozialen Bewegungen gehören. Roth und Rucht bezeichnen die BRD vor dem Hintergrund dieser Entwicklung als Bewegungsgesellschaft.<sup>39</sup>

#### 4. Methoden der Datenerhebung und Datenanalyse

Das *Taking Sides*-Projekt, auf dem dieser Beitrag beruht, führte auf der Grundlage von Medienberichten eine Protestereignisanalyse (PEA) von Mobilisierungen gegen Abschiebungen durch.<sup>40</sup> Als Protestereignis verstehen wir mit Rucht et al.<sup>41</sup> eine »kollektive, öffentliche Aktion nicht-staatlicher Träger, die Kritik oder Widerspruch zum Ausdruck bringt und mit der Formulierung eines gesellschaftlichen und politischen Anliegen verbunden ist«. Neben kollektiven Aktionen inkludieren wir in die Analyse auch an die Öffentlichkeit gerichtete Handlungen von Einzelpersonen, wie beispielsweise Hungerstreiks.<sup>42</sup> Eine PEA über einen längeren Zeitraum erlaubt – anders als situative Einzelfallstudien – einen systematischen Überblick über die Entwicklung von Protesthandeln zu bekommen.<sup>43</sup>

Es handelt sich bei den unten präsentierten Daten um Protestereignisse, über die Medien berichtet haben. Das heißt, damit geht eine Selektivität einher. Wie Neidhardt und Rucht<sup>44</sup> mit Blick auf die Protestereignisanalyse im PRODAT-Projekt darlegen, ist diese Selektivität insofern aber analytisch vertretbar als dass Proteste via Medien öffentlich sichtbar gemacht und somit für politische EntscheidungsträgerInnen relevant werden.

Wir haben pro Land zwei Qualitätstageszeitungen ausgewählt: *Der Standard* und *Die Presse* für Österreich, die *tageszeitung* und *Süddeutsche Zeitung* für Deutschland. Diese Auswahl erlaubt es, die Analyse auf Medien zu stützen, die sowohl eine bundesweite Berichterstattung verfolgen als auch ausführliche Reportagen und Berichte zu Protesten beinhalten. Mit einem automatisierten Suchstring erfassten wir für den Zeitraum 1993-2013 für Österreich 6.684 und für Deutschland 22.666 Artikel zu Abschiebungen. Mit auf Proteste verweisenden Schlüssel-

wörtern identifizierten wir anschließend 1.756 Artikel in Österreich und 2.270 Artikel zu Protestereignissen in Deutschland. Aus diesem Pool erhoben wir insgesamt 534 Protestereignisse für Deutschland und 311 Protestereignisse für Österreich.<sup>45</sup> Die Medienberichte zu diesen Protestereignissen wurden mit einem für alle Länder identischen Codebuch kodiert, das Protestakteure, Protestziele, Protestformen, *Frames*, Emotionen etc. umfasste.

Der gewählte Zeitraum 1993-2013 ergibt sich daraus, dass sich in beiden Ländern die asyl- und abschieberechtliche Gesetzgebung veränderte. Der gesamte Untersuchungszeitraum ist zudem von einer Europäisierung des Asyl- und Abschiebesystems gekennzeichnet. Neben gemeinschaftlichen Abkommen wie Schengen und der Dublin-Regulierung kam es während dieser Zeit auch zu einer schrittweisen Annäherung der nationalen Gesetzgebungen.

Um Entwicklungsverläufe erkennen zu können sowie auf spezifische Bedingungen und Ereignisse, die hinter dem Protestaufkommen stehen, aufmerksam zu werden, ist die Auswertung in zwei Perioden gegliedert (1993-2003 und 2004-2013)<sup>46</sup>. Diese beiden Phasen unterscheiden sich hinsichtlich der Entwicklung der Anzahl von Abschiebungen. Während die Abschiebezahlen in den 1990er Jahren in beiden Ländern hoch waren, gingen diese in den 2000er Jahren wieder zurück. Wie wir unten ausführen werden, ist es diese Rahmenbedingung sowie die analytische Herangehensweise der zwei konstruierten Phasen, die es uns erlauben, zwei Ansätze der sozialen Bewegungsforschung für das unterschiedliche Protestaufkommen zu prüfen: Den Ansatz der Missstände (*grievances*)<sup>47</sup> und jenen, wonach Proteste selbst eine Gelegenheitsstruktur beziehungsweise eine Ressource für weitere Proteste schaffen.<sup>48</sup>

Der 2013 endende Untersuchungszeitraum bezieht folglich die seit 2012 auftretenden *Refugee*-Proteste für Bleibemöglichkeiten und bessere Lebensbedingungen für Geflüchtete in ihren Anfängen noch mit ein. Die außerordentlichen Entwicklungen im Zusammenhang mit dem starken Anstieg der Fluchtmigration von 2015 sind hingegen nicht mehr Bestandteil des Analysezeitraums. Mit anderen Worten: Der Beitrag untersucht die mit Geflüchteten solidarischen Proteste im Vorfeld des pro-migrantischen Engagements im Jahr 2015, das sich in freiwilligen Unterstützungsaktionen und sich in beiden Ländern in der vielzitierten »Willkommenskultur« ausdrückt.<sup>49</sup> Wir hoffen, insofern mit diesem Beitrag auch zum besseren Verständnis der Bedingungen für die Herausbildung der »Willkommenskultur« 2015 beizutragen.

37 Dolezal, Hutter 2007.

38 Brand 1987, S. 331.

39 Roth, Rucht 2008, S. 10.

40 Koopmans, Rucht 2002, S. 231.

41 Rucht, Hocke, Ohlemacher 1992, S. 4.

42 Unterstützungs- und Widerstandspraktiken ohne mediale Aufmerksamkeit sind mit einer auf Medienberichten basierten Protestereignisanalyse nicht zu erheben (siehe dazu Oulios 2013; Ataç et al. 2015).

43 Rucht 2001, S. 15.

44 Neidhardt, Rucht 2001, S. 32.

45 Protestereignisse ohne direkten Bezug zu Abschiebung und Protestereignisse über die mehrfach berichtet wurde, blieben unberücksichtigt.

46 Aufgrund der geringen Fallzahl erfolgte keine weitere zeitliche Unterteilung.

47 Opp 2009.

48 McAdam, Tarrow, Tilly 2001.

49 Daphi 2016 b.

## 5. Das Profil der Anti-Abschiebe-Proteste auf der Grundlage von Zeit- und Länderentwicklungen

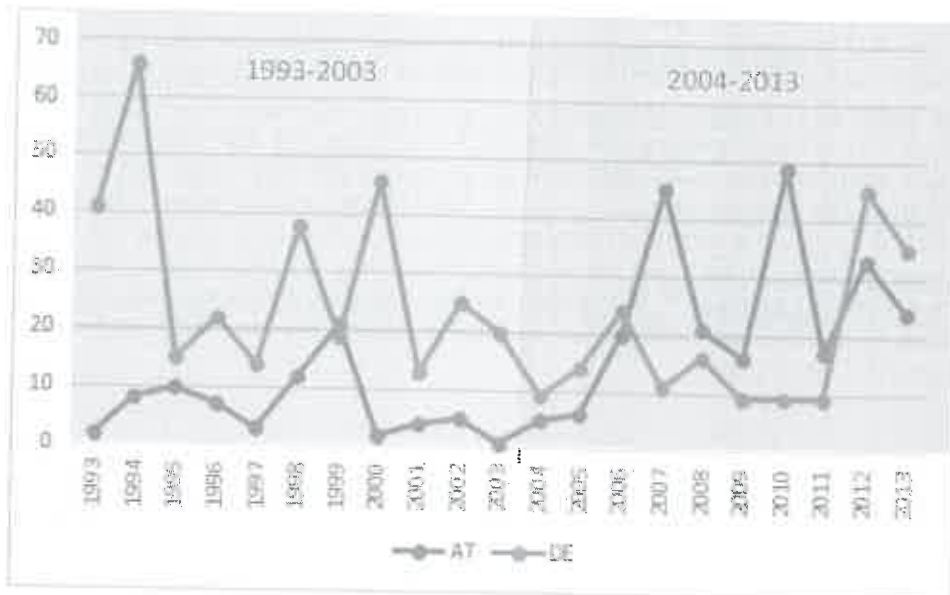
Im Folgenden präsentieren wir die Ergebnisse der PEA mit dem Ziel, Antworten auf die Frage zu geben, wodurch Anti-Abschiebe-Proteste charakterisiert sind.

### 5.1 Protestaufkommen

Die mit der PEA erhobenen Daten lassen hinsichtlich des Protestaufkommens zwei wesentliche Befunde erkennen: Erstens nimmt die Häufigkeit von Protestereignissen im Zeitverlauf zu, jedoch nicht kontinuierlich sondern mit Schwankungen; zweitens divergiert die zeitliche Verteilung des Protestaufkommens in den beiden Ländern: Während in Deutschland bereits Anfang der 1990er Jahre die Medien vermehrt über Protestereignisse gegen Abschiebungen berichteten, treten diese in Österreich erst verstärkt in den 2000er Jahren auf (siehe Abbildung 1).

Während sich die berichteten Protestereignisse in Österreich in den 1990ern auf einem niedrigen Niveau bewegen, gewinnen sie in der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums an Bedeutung (76% der Protestereignisse liegen in diesem Zeitraum). In Deutschland liegt die Zahl der Protestereignisse in der ersten Phase mit 64% aller Protestereignisse leicht über der zweiten. Am Ende des Untersuchungszeitraums steigt die Anzahl der Protestereignisse durch die *Refugee*-Proteste wieder an.

Abb. 1: Protestaufkommen in Österreich und Deutschland (1993-2013)



Anmerkung: Anzahl der berichteten Protestereignisse n=311 in Österreich 1993-2013, n=534 in Deutschland 1993-2013. Daten: Taking-Sides-Projekt, eigene Darstellung.

Mit einer räumlichen Beobachtungsperspektive werden Länderunterschiede besonders deutlich: Anti-Abschiebe-Proteste sind in Deutschland ein eher städtisches, in Österreich ein eher ländliches Phänomen. Dies verdeutlicht die Bestandsaufnahme von Protesten, die wir über die Methode des *mapping* vorgenommen haben.<sup>50</sup> Diese unterschiedliche räumliche Verortung mag mit den jeweiligen formellen beziehungsweise informellen Protestnetzwerken zusammen hängen: Wie im nächsten Abschnitt gezeigt werden wird, ist in Österreich der Anteil von nicht-organisierten BürgerInnen an den Protesten größer als in Deutschland, in Deutschland hingegen ist die Artikulation durch politische AktivistInnen und menschenrechtlich agierende Gruppen (NGOs) stärker ausgeprägt.

### 5.2 ProtestakteurInnen

In beiden Ländern handelt es sich überwiegend um solidarische beziehungsweise unterstützende Proteste. Diese Klassifikation beruht auf dem Kriterium der Betroffenheit beziehungsweise der Stellvertretung, das heißt, dass nicht die Betroffenen die stärkste AkteurInnengruppe sind, sondern Menschen, die sich stellvertretend für andere engagieren (siehe Tab. 1). In der PEA unterscheiden wir innerhalb der Gruppe der stellvertretenden solidarischen AkteurInnen zwischen Individuen/*grassroots*-Gruppen mit beziehungsweise ohne persönliche Bindungen zu den von Abschiebung Betroffenen sowie zwischen NGOs, Kirchen, politischen FunktionsträgerInnen und anderen.

Während in beiden Ländern solidarische beziehungsweise unterstützende Proteste gegenüber selbstorganisierten *Refugee*-Protesten dominieren, ist der Anteil der Betroffenen, die sich gegen Abschiebungen wehren, in Deutschland größer als in Österreich (in Deutschland über den gesamten Untersuchungszeitraum 24,9%, in Österreich 16,9%; besonders groß ist der Unterschied in der 2. Phase mit 30% in Deutschland und 12,5% in Österreich).

Im zeitlichen Verlauf zeigt sich in Deutschland eine relativ konstante Zusammensetzung der Protestgruppen, und zwar trotz zeitlicher Schwankungen im Protestaufkommen. In Deutschland sind konstant Individuen/*grassroots* ohne soziale Beziehungen und Betroffene die häufigsten TeilnehmerInnen von Protesten, gefolgt von Individuen/*grassroots* mit Beziehungen und Angehörigen von Kirchen. In Österreich hingegen wandelt sich die Protestzusammensetzung im Zeitverlauf. In der ersten weniger intensiven Phase stellen Betroffene (überwiegend in Abschiebehaft) ein Drittel der ProtestakteurInnen. In der zweiten Phase hingegen sinkt der Anteil der Betroffenen, während der Anteil von Einzelpersonen/*grassroots*-Gruppen mit und ohne soziale Bindungen in den 2000er Jahren steigt.<sup>51</sup> Die Zunahme von Protestereignissen gegen Abschiebungen in Österreich geht mit einer wachsenden Bedeutung des Engagements von Unterstützenden einher.

50 Vgl. zu Österreich: <http://derstandard.at/1371169837621/Virtuelle-Landkarte-ueber-al-le-Proteste-gegen-Abschiebungen-in-Oesterreich> (Zugriff vom 2.6.2017) und zu Deutschland: <https://abschiebeprotest.crowdmap.com/> (Zugriff vom 2.6.2017).

51 Da Medien nicht unbedingt über das Verhältnis der Protestierenden zu Abzuschiebenden berichten, dürfte der Anteil derjenigen mit sozialen Beziehungen höher liegen.



Tab. 1: ProtestakteurInnen in Österreich und Deutschland (1993-2013)

|                                                | AT 93-13 | AT 93-03 | AT 04-13 | D 93-13 | D 93-03 | D 04-13 |
|------------------------------------------------|----------|----------|----------|---------|---------|---------|
| Betroffene                                     | 16,9%    | 32,6%    | 12,5%    | 24,9%   | 22,2%   | 30,0%   |
| Individuen/grassroots mit sozialen Beziehungen | 18,2%    | 10,1%    | 20,4%    | 15,6%   | 15,7%   | 15,4%   |
| Individuen/grassroots ohne soziale Beziehungen | 23,1%    | 15,7%    | 25,2%    | 30,8%   | 30,6%   | 31,2%   |
| NGO                                            | 13,9%    | 18,0%    | 12,8%    | 10,5%   | 10,2%   | 11,2%   |
| Kirchen                                        | 5,5%     | 5,6%     | 5,4%     | 8,3%    | 11,4%   | 2,3%    |
| Politische AkteurInnen                         | 10,9%    | 10,1%    | 11,2%    | 4,4%    | 4,5%    | 4,2%    |
| Andere                                         | 11,4%    | 7,9%     | 12,5%    | 5,5%    | 5,3%    | 5,8%    |

Anmerkung: in Prozent, gerundet; n=402 (AT 1993-2013), n=89 (AT 1993-2003), n=313 (AT 2004-2013), n=750 (D 1993-2013), n=490 (D 1993-2003), n=260 (D 2004-2013). Daten: Taking-Sides-Projekt, eigene Darstellung.

ProtestakteurInnen mit sozialen Beziehungen zu den Betroffenen sind in beiden Ländern stark vertreten. Hier dürfte sich die Relevanz des bürgerschaftlichen Engagements in Vereinen widerspiegeln.<sup>52</sup> So setzen sich nicht nur und nicht in erster Linie (pro-)migrantische Organisationen gegen Abschiebungen ein, sondern vor allem lokale Fußball- oder Musikvereine oder religiöse Gruppierungen, in denen betroffene Personen Mitglieder sind. Hinzu kommen informelle nachbarschaftliche und soziale Netzwerke sowie MitschülerInnen. Die Bedeutung von sozialen Netzwerken und Beziehungen dürfte für die Erklärung von Mobilisierungen relevant sein.<sup>53</sup> So lässt sich die große Anzahl an Protestereignissen gegen Abschiebungen in Österreich erklären, obgleich soziale Bewegungen eine geringere Relevanz als in Deutschland haben.

Seit dem Auftreten der *Refugee*-Proteste 2012 verändern sich die Proteste beziehungsweise einzelne Protestdimensionen. Den Ausgangspunkt dieses selbstorganisierten Protestzyklus stellte der Suizid eines iranischen Asylsuchenden in einer Würzburger Unterkunft dar. Es schlossen sich Protestaktivitäten, wie lange Fußmärsche, Platzbesetzungen, Hunger- und Durststreiks an. Gerade am Anfang in Würzburg und für die Durchführung des Protestmarsches nach Berlin im September und Oktober 2012 war entscheidend, dass die Initiative von Geflüchteten aus dem Iran ausging, die bereits vor ihrer Ankunft in Deutschland politisiert und bereit zu riskanten Protestaktionen waren. Die neue Ära von Flüchtlingsprotesten ab 2012 steht somit in einem Zusammenhang mit den 2011 entstehenden Demo-

kratiebewegungen und Aufständen wie dem Arabischen Frühling, aber auch der 15M-Bewegung in Spanien sowie den *Occupy*- und Gezi Park-Protesten, und den in diesem Zuge entstandenen neuen Protest- und Organisationsformen.<sup>54</sup> Sie sind ebenfalls verknüpft mit den erstarkenden Fluchtbewegungen nach Deutschland und Österreich, welche durch die Umbrüche in Nordafrika und im Nahen Osten und die daraus entstehenden Fluchtgründe sowie die zeitweise relative Durchlässigkeit der Grenzen verschärft wurden.<sup>55</sup> In Deutschland können die *Refugee*-Proteste zudem an eine Tradition selbstorganisierter Proteste anschließen.<sup>56</sup>

Es kommt dabei zu einer Zunahme der Aktivitäten und medialen Präsenz von Selbstorganisationen von Geflüchteten. Deren Aktionsformen unterscheiden sich von solidarischen beziehungsweise unterstützenden Protesten, etwa durch ein höheres Ausmaß an regelverletzenden Aktivitäten. Auch sind die Forderungen weniger auf Implementation abgestellt, sondern sie umfassen deutlicher generelle Anliegen. In Österreich ist die Situation anders. Die *Refugee*-Proteste von 2012 stellen kaum Bezüge zu früheren Protestaktionen her. Mehr noch, zwischen der Selbstorganisation von Geflüchteten und solidarischen Protesten sind kaum Kooperationen festzustellen. Die beiden Protestartikulationen existieren nebeneinander, ohne zu kooperieren. Durch die *Refugee*-Proteste entstehen neue und veränderte Protestkonstellationen, die die Politik anders herausfordern als die solidarischen Proteste. Letztere bleiben dadurch aber weitgehend unbeeinflusst.<sup>57</sup>

Die Proteste gegen Abschiebungen werden also insgesamt von einem breiten Spektrum an BürgerInnen mit und ohne Beziehungen zu den Betroffenen sowie von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen getragen. In Deutschland sind Betroffene und Kirchen stärker als in Österreich präsent, in Österreich hingegen sind PolitikerInnen häufiger involviert.

### 5.3 Aktionsformen

Die Aktionsformen der Anti-Abschiebe-Proteste sind wenig konfrontativ, sie sind vielmehr demonstrativ und appellativ.<sup>58</sup> Die PEA zeigt, dass sowohl in Deutschland als auch in Österreich demonstrative Mittel wie Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen sowie appellative Formen wie Unterschriftenlisten und Petitionen gegenüber PolitikerInnen dominieren. Dabei wird in Deutschland wesentlich häufiger über Demonstrationen bei Abschiebungen berichtet als in Österreich. Dieser Einzelbefund deckt sich mit den Aktionsformen in anderen thematischen Feldern: So sind in Deutschland Straßendemonstrationen die »zweithäufigste

54 Plöger 2014; wir danken Helge Schwiertz für Hinweise zu den *Refugee*-Protesten.

55 Ataç et al. 2015.

56 Jakob 2016; Schwenken 2006.

57 Ataç 2016; Mokre 2015.

58 Zur Klassifizierung der Aktionsmittel siehe Hutter, Teune 2012, S. 15.

52 Happs 2014; Simsa, Schober 2012.

53 McAdam, Paulsen 1993.

te Standardform politischer Artikulation« (nach Wahlen),<sup>59</sup> in Österreich hingegen haben Demonstrationen insgesamt einen geringeren Stellenwert.<sup>60</sup>

Der Vergleich der Protestmittel in den beiden Ländern zeigt für Deutschland ein höheres Maß an konfrontativen Protestformen (Besetzungen oder Blockaden und Sachbeschädigung). Zwischen 2004 und 2013 machen Blockaden 13,1% der Protestereignisse<sup>61</sup> aus, im Gegensatz zu 6,6% in Österreich (siehe Tab. 2). Für Österreich stimmt die moderate Protestartikulation mit Untersuchungen in anderen Feldern überein. Das vergleichsweise höhere Maß an konfrontativen Protesten in Deutschland lässt sich mit Hutter und Teune darüber erklären, dass konfrontative Proteste wahrscheinlicher werden, wenn moderate Proteste etabliert sind.<sup>62</sup>

Den Betroffenen stehen in beiden Ländern nur geringe Ressourcen für Proteste zur Verfügung. Damit bestätigt sich auch für Deutschland und Österreich die Beobachtung von Freedman, dass die Mobilisierung einer Gruppe mit wenigen Ressourcen in einer prekären rechtlichen Situation und in gesellschaftlicher Isolierung eine unerwartete Mobilisierung darstellt.<sup>63</sup> Diese soziale und rechtliche Position zeigt sich in unseren Daten mit einer relativ hohen Zahl an berichteten Selbstverletzungen, Suizid(versuch)en und Hungerstreiks (12% in Österreich beziehungsweise 13% in Deutschland), um gegen Abschiebungen zu protestieren.

Kirchenasyl zur Verhinderung beziehungsweise Aufschub von Abschiebungen spielt in Österreich, anders als in Deutschland, vor allem in der ersten Phase, kaum eine Rolle. Unterstützungsaktionen (das heißt Solidaritätsveranstaltungen, Gründung von Unterstützungskomitees) sind wiederum in Österreich stärker als in Deutschland und nehmen im Zeitverlauf zu. Letzteres verweist wiederum auf die in Österreich stärkere Bedeutung von Einzelfallprotesten.

Eine wachsende Bedeutung von Online-Netzwerken, von Kampagnenarbeit sowie von Online-Protesten können wir in den erhobenen Protestereignissen nicht beobachten. Online-Proteste haben zwar über das Mittel der Online-Petitionen an Gewicht gewonnen, sind aber gegenüber anderen Aktionsformen nach wie vor wenig bedeutsam.

59 Roth, Rucht 2008, S. 27.

60 Rosenberger, Seeber 2011.

61 Siehe hierzu Hinger, Kirchhoff, Wiese i.E..

62 Hutter, Teune 2012, S. 16.

63 Freedman 2009, S. 347.

Tab. 2:

|                                  | AT 93-13            | AT 93-03 | AT 04-13 | D 93-13 | D 93-03 | D 04-13 |
|----------------------------------|---------------------|----------|----------|---------|---------|---------|
| Protestmaterial, Online-Aktionen | 22,3%               | 15,9%    | 24,3%    | 15%     | 16,4%   | 12,7%   |
| Presse                           | 2,9%                | 0%       | 3,9%     | 2,4%    | 2,2%    | 2,8%    |
| Demonstrationen, Versammlungen   | 17%                 | 14,6%    | 17,8%    | 38%     | 36,7%   | 40,4%   |
| Besetzung, Blockaden             | 6,5%                | 6,1%     | 6,6%     | 8,6%    | 5,8%    | 13,1%   |
| Sachbeschädigung                 | 0%                  | 0%       | 0%       | 3%      | 2,5%    | 3,8%    |
| Personenschädigung               | 0,3%                | 0%       | 0,4%     | 0,3%    | 0%      | 0,9%    |
| Selbstverletzung                 | 12,3%               | 25,6%    | 8,1%     | 12,7%   | 13,1%   | 12,2%   |
| Kirchenasyl                      | 1,5%                | 2,4%     | 1,2%     | 4,5%    | 6,4%    | 1,4%    |
| Unterstützungsaktionen           | 10,6%               | 4,9%     | 12,4%    | 4,9%    | 5%      | 4,7%    |
| Sonstige                         | 26,7% <sup>64</sup> | 30,5%    | 25,5%    | 10,5%   | 11,9%   | 8%      |

Anmerkung: in Prozent, n=341 (AT 1993-2013), n=82 (AT 1993-2003), n=259 (AT 2004-2013), n=573 (D 1993-2013), n=360 (D 1993-2003), n=213 (D 2004-2013). Daten: Taking-Sides-Projekt, eigene Darstellung.

#### 5.4 Protestforderungen

Recht eindeutig ist in beiden Ländern die Hauptforderung, eine Abschiebung im Einzelfall zu verhindern. Der Protest richtet sich also gegen eine behördliche Durchführungsentscheidung und weniger gegen Asyl- und Migrationsgesetze. Mit anderen Worten: Eine generelle Infragestellung des Ausschlusses von Mitgliedschaft im Staatsgefüge ist häufig nicht das Ziel von Anti-Abschiebeprotesten, sondern eher eine Ausnahme von Gesetzesbestimmungen.<sup>65</sup>

Länderspezifisch unterschiedlich ist die Weite der politischen Aktion. In Deutschland sind generelle Forderungen wie die Aussetzung von Abschiebungen (beispielsweise im Winter, von Abzuschiebenden einer Nationalität oder allgemein), die Änderung von Asylgesetzen oder die Abschaffung der Dublin-Regulierung häufiger als in Österreich. ProtestakteurInnen in Deutschland artikulieren häufiger generelle Bleiberechtsforderungen, kritisieren Asylgesetze und nutzen No Border-Slogans zur Zurückweisung des »globalen Lager- und Abschiebesystems«.

64 Für Österreich ist der Anteil »Sonstige« vergleichsweise hoch. Meistens handelt es sich um »Widerstand« bei Abschiebungen mit dem Flugzeug (sowohl durch Betroffene als auch PilotInnen). In einigen Fällen wurde versucht, Abschiebungen durch Interventionen bei Fremdenpolizei, Landespolitik oder Landeshauptmann zu verhindern; in einem Fall adoptierte eine Familie einen asylsuchenden Mann; auch künstlerische Interventionen sind hier erfasst.

65 Hasselberg 2014, S. 3.



In Österreich betrifft hingegen die Verhinderung in über der Hälfte der Ereignisse die Verhinderung einer individuellen Abschiebung. AkteurInnen unterstützen in erster Linie Bekannte, ihr Protest richtet sich gegen einzelne behördliche Entscheidungen. Allerdings wird ausgehend vom Einzelfall auch das Asylsystem unter anderem als unmenschlich, unwürdig und ungerecht kritisiert. Forderungen, Slogans und Kampagnen, die eine grundlegende Kritik des Abschieberegimes enthalten (wie Forderungen nach genereller Bewegungsfreiheit oder eines nicht konditionalen Aufenthalts- und Bleiberechts) fehlen in Österreich für den untersuchten Zeitraum nahezu völlig.

Tab. 3: Protestforderungen in Österreich und Deutschland (1993-2013)

|                                             | AT 93-13 | AT 93-03 | AT 04-13 | D 93-13 | D 93-03 | D 04-13 |
|---------------------------------------------|----------|----------|----------|---------|---------|---------|
| Für Abschiebung                             | 3,5%     | 5,1%     | 3%       | 1,4%    | 2,2%    | 0%      |
| Abschiebung im Anlassfall verhindern        | 55,5%    | 50%      | 56,6%    | 25,6%   | 26,9%   | 23,3%   |
| Gegen Abschiebung generell                  | 0%       | 0%       | 0%       | 12,6%   | 9,2%    | 18,8%   |
| Reform Abschiebepolitik                     | 21%      | 25,6%    | 19,1%    | 22,8%   | 24,1%   | 20,5%   |
| Reform/Abschaffung Dublin                   | 0,3%     | 0%       | 0,4%     | 1%      | 0%      | 2,8%    |
| Bleiberecht generell                        | 4,2%     | 1,3%     | 5,5%     | 5,3%    | 2,5%    | 10,2%   |
| Bleiberecht für bestimmte Personen/-gruppen | 7,1%     | 2,6%     | 9,4%     | 26,4%   | 30,7%   | 18,8%   |
| Rückkehr der Betroffenen                    | 3,2%     | 7,7%     | 1,7%     | 3%      | 2,2%    | 4,5%    |
| Andere                                      | 5,2%     | 7,7%     | 4,3%     | 1,8%    | 2,2%    | 1,1%    |

Anmerkung: in Prozent, gerundet; n=310 (AT 1993-2013), n=78 (AT 1993-2003), n=235 (AT 2004-2013), n=492 (D 1993-2013), n=316 (D 1993-2003), n=176 (D 2004-2013). Daten: Taking-Sides-Projekt, eigene Darstellung.

### 5.5 Zusammenfassung: Implementierungsfokus und lokale Proteste

Zusammenfassend halten wir fest, dass die PEA für beide Länder, wenn auch in spezifischer Weise, zwei Merkmale der Anti-Abschiebe-Proteste zeigt: (1) Anti-Abschiebe-Proteste sind Implementierungsproteste und (2) Anti-Abschiebe-Proteste sind überwiegend lokal.

(1) Anti-Abschiebe-Proteste sind Implementierungsproteste: Der Protest betrifft die Implementierung einer Abschiebung, weniger werden Forderungen gegen gesetzliche Bestimmungen gestellt beziehungsweise wird verlangt, diese in Richtung globaler Bewegungsfreiheit oder zumindest großzügigerer Aufenthaltsrechte zu

verändern. Adressierte sind weniger gewählte PolitikerInnen, die in der parlamentarischen Arena agieren, sondern Behörden und Bürokratien. Diese Fokussierung auf die Durchführungsebene schwächt die von Peutz und De Genova angesprochene hohe politische Bedeutsamkeit ab. Auf der einen Seite sind Anti-Abschiebe-Proteste zwar direkt gegen den nationalstaatlichen Kernbereich, nämlich die Souveränität über Grenzen und Mitgliedschaft (*citizenship*), gerichtet. Auf der anderen Seite stellen sie gerade mehrheitlich nicht die Forderung nach Beseitigung dieses Rechts, sondern sie artikulieren Forderungen, die bestimmten Einzelfällen helfen sollen. Dieser Fokus auf eine Entscheidung, die sich auf einen Einzelfall bezieht und nicht auf eine Entscheidung, die den Kern der nationalstaatlichen Souveränität betrifft kann die politische Radikalität der Proteste einschränken, kann aber auch die Form zivilen Ungehorsams und eines radikalen Humanismus annehmen.<sup>66</sup>

(2) Anti-Abschiebe-Proteste qualifizieren sich nicht als transnationale Gerechtigkeits-Bewegung. Sie weisen vielmehr eine ausgeprägte lokale Bindung auf: das heißt sie finden dort statt, wo die abzuschiebenden Personen untergebracht sind<sup>67</sup> beziehungsweise von wo aus sie polizeilich begleitet abgeschoben werden sollen. Ein transnationaler Raum, in dem AkteurInnen miteinander in Beziehung stehen, um für das Bleiben sowie für internationale Bewegungsfreiheit zu protestieren, wird durch diese Proteste nicht hergestellt. Transnationale Slogans werden lediglich vereinzelt verwendet. Die Ausnahme bilden die selbstorganisierten *Refugee*-Proteste, die vor allem ab 2012 auftreten und sich in ihren Begründungen aufeinander beziehen und ähnliche Slogans verwenden – nämlich Bewegungsfreiheit und Bleiberechte im EU-Territorium. Diese empirisch fundierten Beobachtungen zu wesentlichen Indikatoren wie AkteurInnen, Slogans und Umfang der Forderungen unterstützen nicht die in der sozialen Bewegungsforschung verbreitete Tendenz, von ähnlichen (lokalen) Bewegungen, die an mehreren Orten auftreten, auf eine transnationale oder gar globale Bewegung rückzuschließen.<sup>68</sup> Sie verlangen nach einer neuen empirisch fundierten Diskussion über die Transnationalität pro-migrantischer Proteste.

Diese Charakteristika sind in den beiden untersuchten Ländern unterschiedlich ausgeprägt. Im nächsten Abschnitt werden wir die Unterschiede zwischen den Ländern sowie die Spezifika diskutieren.

### 6. Interpretationen und Erklärungen: Proteste gegen Abschiebungen – ein besonderer Fall?

Wie sind zum einen die länderübergreifenden Spezifika der Anti-Abschiebe-Proteste sowie zum anderen die zu beobachtenden nationalen Unterschiede der Proteste zu verstehen? Erstens werden wir die im *Taking Sides*-Projekt identifizierten

66 D'Amato, Schwenken i.E.

67 Siehe hierzu auch Daphi 2016 a.

68 Tyler, Marciniak, 2013, S. 144; Peutz, De Genova 2010.

nationalen Unterschiede bezüglich der ProtestakteurInnen und -forderungen auf die jeweilige nationale politische Kultur zurückführen. Zweitens ist der, gemessen an den *claims*, große Anteil von Implementierungsforderungen – im Vergleich zu Forderungen, die auf eine Infragestellung des Abschieberegimes an sich hinauslaufen – mit protestimmanenten Komponenten zu verstehen.

### 6.1 Proteste als Spiegelung der politischen Kultur

Die PEA hat verdeutlicht, dass AkteurInnen sowie Forderungen der Proteste gegen Abschiebungen in Österreich von jenen in Deutschland divergieren. Diese Unterschiede interpretieren wir mit Unterschieden in der politischen Kultur. Nach Dieter Rucht gilt die politische Kultur als ein wichtiger Erklärungsfaktor für kollektive Aktivitäten »von unten«. Rucht definiert politische Kultur als »ein Syndrom von grundlegenden Werten und deren Repräsentationsformen [...], die politische Institutionen und Prozesse legitimieren und ihnen eine spezifische Prägung verleihen«.<sup>69</sup> Die politische Kultur eines Landes beeinflusst das Entstehen und den Umgang mit Konflikten, den Politikstil der Aushandlung von Interessen und wirkt sich auf die Attraktivität einzelner politischer Partizipationsformen aus. Kurzum, die Einstellung zu und Nutzung von sowohl Eliten geregelter als auch Eliten herausfordernder Partizipationsinstrumente prägen die Protestkultur eines Landes.

In Österreich, bis zum Ende der 1990er Jahre von einer konsensdemokratischen Tradition geprägt, liegt die Orientierung zivilgesellschaftlicher Herausforderer nach wie vor eher auf institutionalisierten Partizipationsformen.<sup>70</sup> Demgegenüber existieren für Deutschland auch radikale und teils regelverletzende Interessenartikulationsformen.<sup>71</sup> Die Anti-Abschiebe-Proteste entsprechen der Deutung Deutschlands als »Bewegungsgesellschaft«. Österreich hingegen ist nach wie vor weit von einer »demonstration democracy«<sup>72</sup> entfernt. Der Befund zu den Anti-Abschiebe-Protesten, wonach Demonstrationen nur eine bescheidene Rolle spielen, geht mit einer generell geringen Protestkultur, mit einem niedrigen außerparlamentarischen Mobilisierungsgrad und mit gemäßigten Aktionsrepertoires konform.<sup>73</sup> Die Zurückhaltung gilt auch im Feld der Migrations- und Asylpolitik. Proteste und Mobilisierung fehlen weitgehend, Unterstützungsorganisationen wählen eher den Weg der Kampagnen und Petitionen als den der großen Kundgebungen. Mit diesen Ausprägungen der politischen Kultur gehen eine stärkere Involvierung von politisch-administrativen AkteurInnen (politische Parteien, BürgermeisterInnen) in Österreich als in Deutschland sowie mehr regelverletzende Protestformen in Deutschland als in Österreich einher. Die Einzelfallorientierung der Anti-Abschiebe-Proteste ebenso wie das Solidaritäts-Motiv in Österreich scheinen eher mit der politischen Kultur – geringe Mobilisierung durch konfrontative Partizipationsmit-

tel – sowie mit der großen Zustimmung zur restriktiven Migrations- und Asylpolitik vereinbar zu sein als liberale asylpolitische Forderungen.

Neben der politischen Kultur spielen für unterschiedlich ausgeprägte Protestmerkmale, insbesondere für die Implementierungsfokussierung, auch diskursive Gelegenheitsstrukturen eine Bedeutung. So dürfte in Österreich der im Vergleich zu Deutschland geringere Anteil von Forderungen, mit denen das Abschieberegime in Frage gestellt wird (siehe Tabelle 3), auch durch die jahrelange negative Mobilisierung gegen Asyl und Migration mitbedingt sein. Ein kollektives Engagement für einen Einzelfall wird als weniger politisch und damit konfliktbeladen wahrgenommen als ein kollektives Engagement gegen bestehende Gesetze oder für globale Bewegungsfreiheit und WeltbürgerInnenschaft.

### 6.2 Protest-immanente Faktoren

Des Weiteren hat die PEA gezeigt, dass sich entgegen den Feststellungen von Peutz und De Genova<sup>74</sup> Anti-Abschiebe-Proteste stärker gegen die Implementierung in Einzelfällen als gegen gesetzliche Grundlagen richten. Es handelt sich um Implementierungsproteste, die zum Großteil nicht explizit verlangen auch das Asyl- und Abschieberegime zu ändern.

In diesem Zusammenhang wird auch deutlich, dass Proteste gegen Abschiebungen nur bedingt durch *policy*-Entwicklungen ausgelöst werden. Jane Freedman zieht zur Erklärung der französischen Bewegung gegen die Abschiebung von SchülerInnen die These heran, wonach Mobilisierung des *Réseau Education Sans Frontière* (RESF) sowohl mit Emotionen und persönlichen Kontakten zusammenhänge als auch mit *policy*-Entwicklungen einhergehe<sup>75</sup>. Freedman sieht in Änderungen der Migrations- und Asylgesetzgebung einen »Katalysator« für die politische Mobilisierung gegen die Abschiebung von Schulkindern. Diese Beobachtung trifft für Anti-Abschiebe-Proteste in den beiden hier untersuchten Ländern nur teilweise zu. Das solidarische Protestaufkommen hingegen ist von gesetzlichen Änderungen, die im Beobachtungszeitraum kontinuierlich restriktiver gestaltet wurden, weitgehend entkoppelt. Politikwandel scheint kein Katalysator für solidarische Proteste zu sein. Lediglich ist zu beobachten, dass sich in Österreich nach der Asylrechtsreform 2005, mit der die tatsächliche Durchführung von Abschiebungen forciert werden sollte, die solidarischen Proteste häuften. Auch für Deutschland lässt sich eine Verbindung zwischen Protesten gegen Abschiebungen und *policy*-Entwicklungen nur teilweise feststellen. Zwar kam es Anfang der 1990er zu massiven Protesten gegen die Asylgesetzverschärfungen, doch reagierten solidarische oder unterstützende Proteste in erster Linie auf die bevorstehende Abschiebung von bestimmten Personen oder Gruppen. Dass es sich bei dieser Orientierung auf die Verhinderung der Implementation der Ausreisepflicht in Einzelfällen auch um einen strategischen Akt handeln kann, weil damit eine breite Mobili-

69 Rucht 1994, S. 310.

70 Dolezal, Hutter 2007.

71 Roth, Rucht 2008.

72 Etzioni 1970.

73 Dolezal, Hutter 2007, S. 338.

74 Peutz, De Genova 2010.

75 Freedman 2011, S. 616-618.

sierung eher zu bewerkstelligen ist als etwa gegen einen Gesetzesbeschluss, haben qualitative Fallstudien zu Protestfällen gegen Abschiebungen gezeigt.<sup>76</sup>

Während sich *policy*-Veränderungen kaum auf die Häufigkeit von Protesten auswirken, beeinflussen sie aber durchaus Inhalte der Forderungen sowie Argumentationslinien. Ein Beispiel dafür ist, dass sich in Österreich Forderungen merklich auf das im Jahre 1997 geschaffene Instrument des sogenannten humanitären Bleiberechts beziehen, wonach in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann.<sup>77</sup> Dies gilt in ähnlicher Weise auch für die Einführung der Härtefallkommissionen in Deutschland ab 2005. Diese rechtlich verankerten individuellen Bleiberechtsmöglichkeiten beziehungsweise die Bedingungen, die für ein Bleiberecht zu erfüllen sind (wie etwa Integrationsleistungen), finden sich in Protestforderungen nach dem Bleiben einer bestimmten meist besonders integrierten Person oder Familie wieder.

Die Zahl der durchgeführten Abschiebungen scheint nur bedingt einen Effekt auf das Protestgeschehen zu haben. So nahmen die Protestevents in Deutschland mit der Zahl der Abschiebungen und in Zeiten asyl- und migrationspolitischer Kontroversen zwar zu, nahmen jedoch bei sinkenden Abschiebezahlen nicht wieder ab.<sup>78</sup> In Österreich zeigt sich noch weniger ein Zusammenhang zwischen Protest und Abschiebezahlen. So nimmt die Anzahl an Protestereignissen im Laufe des Untersuchungszeitraums zu, während die Zahl an Abschiebungen sinkt.<sup>79</sup> Das Auseinanderfallen von Abschiebezahlen und Protesthäufigkeit trifft für Österreich somit besonders deutlich zu. Die Anwendung der restriktiven Gesetzgebung, die sich in beiden Ländern an steigenden Abschiebezahlen in den 1990er Jahren zeigt, löst bei Teilen der Bevölkerung den Eindruck eines Missstandes beziehungsweise einer Ungerechtigkeit aus.<sup>80</sup> Dieses kann die Entstehung von Protesten mit erklären. Was aber geht vor, wenn Proteste zunehmen, die Anzahl der Abschiebungen jedoch rückläufig ist?

Eine erste plausible Erklärung für dieses Phänomen ist die lokale beziehungsweise personale Gebundenheit der Protestereignisse. Der hohe Anteil von Protestierenden mit sozialen Beziehungen zu Betroffenen<sup>81</sup> kann erklären, warum das Protestaufkommen nicht mit der Entwicklung der Abschiebezahlen einhergeht. Die Mobilisierung erfolgt auf der Mikroebene, über Näheverhältnisse, Beziehungen und Emotionen. Hier geht es um bestimmte Personen, die die Protestgruppen kennen, mit denen sie persönlich in Kontakt stehen, für die sie positive Emotionen empfinden. Die persönliche Nähe als Auslöser und mobilisierende Kraft wirkt un-

abhängig von Zahlen und Statistiken. Anders als etwa Tazreiter<sup>82</sup> die These vertritt konnten wir – mit einigen Ausnahmen in Deutschland sowie die *refugee*-Proteste – nicht feststellen, dass es sich um transnational verbundene lokale Proteste oder gar eine globale Bewegung handelt.

Ein zweiter protestimmanenter Erklärungsfaktor liegt in der Dynamik der Proteste. Um Wirkungen von Protestmechanismen auf die Spur zu kommen, werden in der sozialen Bewegungsforschung dynamische Elemente in den POS-Ansatz integriert.<sup>83</sup> Damit korrespondiert unter anderem die These, wonach Proteste nicht nur von institutionellen und diskursiven Faktoren abhängen, sondern dass Proteste selbst ein Umfeld für weitere Proteste aufbereiten.<sup>84</sup> In unserer Studie stellen wir fest, dass Anti-Abschiebe-Proteste im Zeitverlauf gehäuft stattfinden und insbesondere paradigmatische Fälle eine Vorbildfunktion für weitere Protestfälle übernehmen. Durch die Zunahme von Protesten wird das Protesthandeln normalisiert, der Ausnahmecharakter nimmt ab. Je häufiger Proteste auftreten, desto wahrscheinlicher wird die Beteiligung aber auch die Kritik am Instrument Abschiebung, auch über die Implementierung im Einzelfall hinaus. Die Teilnahme an Protesten politisiert auf einer biographischen ebenso wie auf einer politischen Ebene. Im Falle von Abschiebungen werden diese zum Konflikt gemacht und in der Öffentlichkeit verhandelt. Protestieren bedeutet aber auch eine intensive Information der BürgerInnen über politische Maßnahmen und Zusammenhänge. So beobachtet Jane Freedman<sup>85</sup> am Beispiel des RESF, dass sich sukzessive »normale« Franzosen und Französinnen dem Protest angeschlossen hätten, die vorher noch niemals protestiert hatten, und zwar, weil Öffentlichkeit über ein »Unrecht« hergestellt worden sei.

Die Charakteristika der analysierten Proteste gegen Abschiebungen und die Erklärungen zu ihrem Auftreten entsprechen somit zum einen dem, was aufgrund der politischen Kultur in Deutschland beziehungsweise Österreich zu erwarten ist. Zum anderen sind sie besondere Fälle, die sich aus der Einzelfallorientierung und somit großen Bedeutung von Lokalität und sozialen Netzwerken heraus ergeben. So lassen sich sowohl die Protestausrichtung als auch die vergleichsweise überraschende Protestintensität in Österreich erklären. Die herausgearbeiteten Befunde für Proteste gegen Abschiebungen in Deutschland und Österreich sind somit nicht deckungsgleich mit früheren Befunden, auf die in der Einleitung Bezug genommen wurde.

## 7. Ausblick auf aktuelle abschiebungsbezogene Entwicklungen

Als Antwort auf die gestiegene Flucht einwanderung seit 2015 fordern PolitikerInnen in Deutschland ebenso wie in Österreich Abschiebungen als Maßnahme der

82 Tazreiter 2010.

83 McAdam, Tarrow, Tilly 2001.

84 Karapin 2011.

85 Freedman 2011, S. 619.

76 Kirchhoff et al. i.E.

77 Oswald 2012.

78 Siehe Fußnote 27.

79 Siehe Fußnote 27.

80 Opp 2009.

81 Siehe Tabelle 1, Fußnote 51 sowie <https://medienportal.univie.ac.at/uniview/forschung/detailansicht/artikel/abschiebungen-mit-gefuehl-dagegen/> (Zugriff vom 19.9.2016).



Migrationskontrolle verstärkt durchzuführen.<sup>86</sup> Regierungen argumentieren, dass Geflüchtete nur dann aufgenommen und auch integriert werden könnten, wenn Nicht-Schutzberechtigte konsequent abgeschoben würden.<sup>87</sup> In Deutschland verschärften sich seither die rechtlichen Bestimmungen zur Durchführung von Abschiebungen und zur Abschiebehaft und der Kreis der als sicher deklarierten Herkunftsstaaten wurde erweitert. Auch in Österreich wird gefordert, mehr Abschiebungen durchzuführen vor dem Hintergrund der Erhöhung der Zahl der als sicher deklarierten Herkunftsstaaten und bilateraler Rücknahmeabkommen. Erstmals macht die österreichische Regierung Abschiebungen zu einer politischen Zielvorgabe, in der Vergangenheit scheute sie diesbezüglich die (mediale) Öffentlichkeit.

Steht zu erwarten, dass vor diesen neuen politischen Hintergründen Proteste gegen Abschiebungen weiterhin stattfinden und eine Störung des Abschieberegimes bewirken können? Auf der Grundlage unserer Forschungsergebnisse gehen wir davon aus, dass es auf der Einzelfallebene weiterhin Störungen des Abschieberegimes geben wird und Abschiebungen ein Konfliktfeld bleiben, das aus der Zivilgesellschaft heraus beeinflusst wird. Diese These basiert auf den Befunden der oben dargelegten Protestereignisanalyse, die nur einen geringen Zusammenhang zwischen *policy*-Entwicklungen im Bereich von Abschiebungen und Asyl und Protestaufkommen erkennbar machten. Des Weiteren trifft Ellermanns Beobachtung zu, wonach erst in der Implementationsphase Abschiebungen kontrovers werden, weil erst dann die Betroffenen Gesicht und Namen bekommen und nicht der Abstraktheit der Gesetzgebungsphase ausgeliefert sind.<sup>88</sup> Insofern ist weiterhin mit Protest zu rechnen. Offen ist, ob sich die viel zitierte »Willkommenskultur« auf eine Zunahme von Protesten auswirken wird, sie also ein neues Gelegenheitsfenster für Proteste darstellt.

Auf die Protesttätigkeit bremsend wirken könnte die Abwesenheit von Strukturen, Gruppen und Netzwerken über den Einzelfall hinaus. Diese Abwesenheit haben wir insbesondere für Österreich festgestellt, wo sich die Proteste nicht als Bewegung verankern konnten, sondern meist singuläre Ereignisse in Gemeinden, in denen Asylsuchende untergebracht sind, bleiben. Die Proteste waren im Einzelfall oft erfolgreich, die Gruppen haben von Protesten gelernt (ablesbar an der Ähnlichkeit der *frames*, der Ähnlichkeit der Protestorte wie Schulen und Kindergärten), allerdings blieb die nachhaltige Bildung von verbindenden Netzwerken aus. Die Situation ist in Deutschland anders gelagert: Hier werden die Anti-Abschiebe-Proteste nicht ausschließlich, aber stärker als in Österreich von Bewegungsaktivis-

86 Exemplarisch für Deutschland: Der Spiegel 2016. *Flüchtlingskrise: CDU-Generalsekretär fordert 1000 Abschiebungen täglich* <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-cdu-politiker-tauber-fordert-1000-abschiebungen-taeglich-a-1071743.html> (Zugriff vom 19.9.2016); für Österreich: Die Welt 2016. *Massenausweisung: Österreich plant 50.000 Abschiebungen bis 2019* <https://www.welt.de/politik/ausland/article151675970/Oesterreich-plant-50-000-Abschiebungen-bis-2019.html> (Zugriff vom 19.9.2016).

87 Neue Osnabrücker Zeitung 12.2.2016.

88 Ellermann 2009, S. 16.

ten und deren organisationalen Netzwerken sowie von Betroffenen getragen. Diese etablierten Strukturen stehen auch zukünftigen Protesten zur Verfügung.

Die zivilgesellschaftliche Intervention gegen die Implementierung von Abschiebungen mag zukünftig auf eine harte Probe gestellt werden. In den letzten zwei Jahren befürworteten PolitikerInnen bis hinein ins linksliberale Spektrum Abschiebungen und nichtregistrierte beziehungsweise abgelehnte Asylsuchende werden in der öffentlichen Diskussion als Belastung oder zunehmend Sicherheitsrisiko dargestellt. Claudia Tazreiter's Untersuchung der Schutzbewegung für Asylsuchende in Australien, die durch den neoliberalen Trend Barrieren und Rückschläge erfahren musste, unterstreicht diese Bedenken.<sup>89</sup> Die »coercive state capacity«<sup>90</sup> gewinnt politische Priorität und die Durchsetzung von Abschiebungen gilt als Ausweis der staatlichen Handlungsfähigkeit.

Da es sich bei Protesten gegen Abschiebungen zumeist um Implementierungskämpfe handelt, erwarten wir, dass sich diese weiterhin entlang der sie prägenden politischen Kulturen *ad hoc*, im lokalen Raum und getragen von empörten BürgerInnen entfalten und aufgrund der protestinternen Dynamiken darüber hinaus auch verstärkt politische Forderungen artikulieren werden.

## Literatur

- Anderson, Bridget; Gibney, Matthew J.; Paoletti, Emanuela 2011. »Boundaries of belonging: deportation and the constitution and contestation of citizenship«, in *Citizenship Studies* 15, 5, S. 543–545.
- Ataç, Ilker et al. 2015. »Kämpfe der Migration als Un-/Sichtbare Politiken. Einleitung zur zweiten Ausgabe«, in *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 1, 2, <http://movements-journal.org/issues/02.kaempfe/index.html> (Zugriff vom 16.2.2017).
- Ataç, Ilker 2016. »«Refugee Protest Camp Vienna»: making citizens through locations of the protest movement«, in *Citizenship Studies*, 20, 5, S. 629–646.
- BAMF, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016. *Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung (Migrationsbericht 2014)*. Berlin: BAMF.
- Brand, Karl-Werner 1987. »Zur politischen Kultur der neuen sozialen Bewegungen«, in *Politische Kultur in Deutschland*, hrsg. v. Berg-Schlosser, Dirk; Schissler, Jakob, S. 331–343. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Castañeda, Heide 2010. »Deportation Deferred. «Illegality», Visibility, and Recognition in Contemporary Germany«, in *The Deportation Regime: Sovereignty, Space, and the Freedom of Movement*, hrsg. v. Peutz, Nathalie; De Genova, Nicholas, S. 245–261. Durham, London: Duke University Press.
- D'Amato; Gianni; Schwenken, Helen i.E. »Protests Revisited: Political Configurations, Political Culture and Protest Impacts«, in *Comparative Analysis of Protest Movements in Refugee, Asylum and Deportation Policies*, hrsg. v. Rosenberger, Sieglinde; Merhaut, Nina; Stern, Verena. Berlin: Springer.
- Daphi, Priska 2016 a. »Reaktionen auf Asylsuchende: Grenzen der Erklärungskraft von Wohlstand und Gruppengröße«, in *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 28, 2, S. 79–83.
- Daphi, Priska 2016 b. »Zivilgesellschaftliches Engagement für Flüchtlinge und lokale »Willkommenskultur««, in *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 66(14–15), S. 35–39.
- Dolezal, Martin; Hutter, Swen 2007. »Konsensdemokratie unter Druck? Politischer Protest in Österreich, 1975–2005«, in *Austrian Journal of Political Science* 36, 3, S. 337–352.

89 Tazreiter 2010.

90 Op. Cit., S. 8.

- Ellermann, Antje 2009. *States against Migrants: Deportation in Germany and the United States*. Cambridge, MA: Cambridge University Press.
- Etzioni, Amitai 1970. *Demonstration Democracy*. New York et al.: Gordon & Breach.
- Freedman, Jane 2009. »Mobilising against detention and deportation: Collective actions against the detention and deportation of 'failed' asylum seekers in France«, in *French Politics* 7, 3, S. 342–358.
- Freedman, Jane 2011. »The Réseau Education Sans Frontières: reframing the campaign against the deportation of migrants«, in *Citizenship Studies* 15, 5, S. 613–626.
- Gibney, Matthew J. 2008. »Asylum and the Expansion of Deportation in the United Kingdom«, in *Government and Opposition* 43, 2, S. 146–167.
- Gill, Nick 2014. *Nothing Personal? Geographies of Governing and Activism in the British Asylum System*. Chichester, UK; Malden, MA: Wiley-Blackwell.
- Gruber, Oliver 2010. »Politisierte Zuflucht. Asyl im Brennpunkt politischer Öffentlichkeitsarbeit«, in *Asylpolitik in Österreich. Unterbringung im Fokus*, hrsg. v. Rosenberger, Sieglinde, S. 62–82. Wien: Facultas.
- Guigni, Marco; Passy, Florence 2001. *Political Altruism? Solidarity Movements in International Perspective*. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.
- Happes, Wolfgang. *Vereinsstatistik 2014* <http://www.npo-manager.de/vereinsstatistik/2014/> (Zugriff vom 25.2.2016).
- Hasselberg, Ines 2014. »Balancing Legitimacy, Exceptionality and Accountability: On Foreign-national Offender's Reluctance to Engage in Anti-deportation Campaigns in UK«, in *Journal of Ethnic and Migration Studies* 41, 4, S. 1–17.
- Hinger, Sophie; Kirchhoff, Maren; Wiese, Ricarda i.E. »We Belong Together! Collective Anti-Deportation Protests in Osnabrück«, in *Comparative Analysis of Protest Movements in Refugee, Asylum and Deportation Policies*, hrsg. v. Rosenberger, Sieglinde; Merhaut, Nina; Stern, Verena. Berlin: Springer.
- Hutter, Swen; Teune, Simon 2012. *Politik auf der Straße: Deutschlands Protestprofil im Wandel*. Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/apuz/138276/deutschlands-protestprofil-im-wandel?p=all> (Zugriff vom 16.2.2017).
- Jakob, Christian 2016. *Die Bleibenden. Wie Flüchtlinge Deutschland seit 20 Jahren verändern*. Berlin: Christoph Links Verlag.
- Jasper, James M. 1998. »The Emotions of Protest: Affective and Reactive Emotions in and around Social Movements«, in *Sociological Forum* 13, 3, S. 397–424.
- Johnston, Hank 2011. *States and Social Movements*. New York: John Wiley & Sons.
- Karapın, Roger 2011. »Opportunity/Threat Spirals in the U.S. Women's Suffrage and German Anti-Immigration Movements«, in *Mobilization: An International Quarterly* 16, 1, S. 65–80.
- Kirchhoff, Maren et al. i.E. »Worth the Effort: Protesting Successfully against Deportations«, in *Comparative Analysis of Protest Movements in Refugee, Asylum and Deportation Policies*, hrsg. v. Rosenberger, Sieglinde; Merhaut, Nina; Stern, Verena. Berlin: Springer.
- Klandermans, Bert 2015. »Motivations to Action«, in *The Oxford Handbook of Social Movements*, hrsg. v. della Porta, Donnatella; Diani, Mario, S. 219–230. Oxford: Oxford University Press.
- Koopmans, Ruud 1997. »Dynamics of Repression and Mobilization: The German Extreme Right in the 1990s«, in *Mobilization: An International Quarterly* 2, 2, S. 149–164.
- Koopmans, Ruud et al. 2005. *Contested Citizenship: Immigration and Cultural Diversity in Europe*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Koopmans, Ruud; Rucht, Dieter 2002. »Protest Event Analysis«, in *Methods of Social Movement Research*, hrsg. v. Staggenborg, Suzanne; Klandermans, Bert, S. 231–259. Minneapolis, London: University of Minnesota Press.
- Kreienbrink, Axel 2007. *Voluntary and Forced Return of Third Country Nationals from Germany. Research Study 2006 in the framework of the European Migration Network*. Nürnberg: BAMF.
- McAdam, Doug; Paulsen, Ronelle 1993. »Specifying the Relationship Between Social Ties and Activism«, in *The American Journal of Sociology* 99, 3, S. 640–667.
- McAdam, Doug; Tarrow, Sidney; Tilly, Charles 2001. *Dynamics of Contention*. Cambridge: Cambridge University Press.

- McGregor, Joann 2011. »Contestations and consequences of deportability: hunger strikes and the political agency of non-citizens«, in *Citizenship Studies* 15, 5, S. 597–611.
- Meyer, Sarah; Rosenberger, Sieglinde 2015. »Just a Shadow? The Role of Radical Right Parties in the Politization of Immigration«, in *Politics & Governance* 3, 2, S. 1–17.
- Mokre, Monika 2015. *Solidarität als Übersetzung. Überlegungen zum Refugee Protest Camp Vienna*. Wien: transversal.
- Neidhardt, Friedhelm; Rucht, Dieter 2001. »Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1950–1994: Ereignisse, Themen, Akteure«, in *Protest in der Bundesrepublik: Strukturen und Entwicklungen*, hrsg. v. Rucht, Dieter, S. 27–70. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Neue Osnabrücker Zeitung 2016. »Abgewiesene Asylbewerber bleiben: Ohne Abschiebungen schaffen wir das nicht«, 12. Februar 2016. <http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/669739/ohne-abschiebungen-schaffen-wir-das-nicht-1> (Zugriff vom 20.9.2016).
- Nyers, Peter 2010. »Abject Cosmopolitanism: The politics of protection in the anti-deportation movement«, in *The Deportation Regime: Sovereignty, Space, and the Freedom of Movement*, hrsg. von De Genova, Nicholas; Peutz, Nathalie, S. 413–441. Durham, London: Duke University Press.
- Oswald, Melina 2012. *Das Bleiberecht: das Grundrecht auf Privat- und Familienleben als Schranke für Aufenthaltsbeendigungen*. Wien: Verl. Österreich.
- Opp, Karl-Dieter 2009. *Theories of Political Protest and Social Movements: A Multidisciplinary Introduction, Critique, and Synthesis*. London, New York: Routledge.
- Oulios, Miltiadis 2013. *Blackbox Abschiebung: Geschichten und Bilder von Leuten, die gerne geblieben wären*. Berlin: Suhrkamp.
- Patler, Caitlin; Gonzales, Roberto G. 2015. »Framing Citizenship: Media Coverage of Anti-deportation Cases Led by Undocumented Immigrant Youth Organisations«, in *Journal of Ethnic and Migration Studies* 41, 9, S. 1453–1474.
- Peutz, Nathalie; De Genova, Nicholas 2010. »Introduction«, in *The Deportation Regime: Sovereignty, Space, and the Freedom of Movement*, hrsg. v. De Genova, Nicholas; Peutz, Nathalie, S. 1–32. Durham, London: Duke University Press.
- Plöger, Andrea 2014. »Die Proteste der Refugees. Eine Bewegung von den Rändern ins Zentrum Europas«, in *PROKLA* 177, S. 585–600.
- Rosenberger, Sieglinde; Seeber, Gilg 2011. »Kritische Einstellungen: BürgerInnen zu Demokratie, Politik, Migration«, in *Zukunft. Werte. Europa. Die Europäische Wertestudie 1990–2010: Österreich im Vergleich*, hrsg. v. Polak, Regina, S. 165–186. Wien: Böhlau.
- Rosenberger, Sieglinde; Winkler, Jakob 2014. »Com/passionate Protests: Fighting the Deportation of Asylum Seekers«, in *Mobilization: An International Quarterly* 19, 2, S. 165–184.
- Rosenberger, Sieglinde; Florian Trauner 2014. »Abschiebungen – eine sozialwissenschaftliche Annäherung«. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP)* 43, 2, S. 141–150.
- Roth, Roland; Rucht, Dieter 2008. »Einleitung«, in *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945: Ein Handbuch*, hrsg. v. Roth, Roland; Rucht, Dieter, S. 9–36. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag.
- Rucht, Dieter 1994. *Modernisierung und neue soziale Bewegungen: Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag.
- Rucht, Dieter 2001. »Protest und Protestereignisanalyse: Einleitende Bemerkungen«, in *Protest in der Bundesrepublik: Strukturen und Entwicklungen*, hrsg. v. Rucht, Dieter, S. 7–25. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag.
- Rucht, Dieter; Hocke, Peter; Ohlemacher, Thomas 1992. *Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik Deutschland (Prodat) Codebuch. Discussion Paper FS III 92-103*. Berlin: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung (WZB).
- Rygiel, Kim 2011. »Bordering solidarities: migrant activism and the politics of movement and camps at Calais«, in *Citizenship Studies* 15, 1, S. 1–19.
- Schwenken, Helen 2006. *Rechtlos, aber nicht ohne Stimme. Politische Mobilisierungen um irreguläre Migration in die Europäische Union*. Bielefeld: transcript.
- Schwartz, Helge 2015. »Für uns existiert kein Blatt im Gesetzbuch. Migrantische Kämpfe und der Einsatz der radikalen Demokratie«, in *Migration und Demokratie – Studien zu einem neuen Forschungsfeld*, hrsg. v. Hunger, Uwe; Pioch, Roswitha; Rother, Stefan, S. 229–254. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Simsa, Ruth; Schober, Doris 2012. *Nonprofit Organisationen in Österreich*. Wirtschaftsuniversität Wien.
- Tazreiter, Claudia 2010. »Local to Global Activism: The Movement to Protect the Rights of Refugees and Asylum Seekers«, in *Social Movement Studies* 9, 2, S. 201–214.
- Tyler, Imogen; Marciniak, Katarzyna 2013. »Immigrant protest: an introduction«, in *Citizenship Studies* 17, 2, S. 143–156.
- Valocchi, Stephen 2009. *Social Movements and Activism in the USA*. London: Routledge.
- Wong, Tom 2015. *Rights, Deportation, and Detention in the Age of Immigration Control*. Stanford, California: Stanford University Press.

**Zusammenfassung:** Der Beitrag identifiziert Charakteristika von Protesten gegen Abschiebungen in Deutschland und Österreich durch eine Ereignisanalyse (1993–2013). In Österreich sind die Einzelfall- und Implementierungsorientierung sowie nicht-organisierte BürgerInnen als Akteure bestimmend; in Deutschland sind Kritik am Abschieberegime und AktivistInnen als Akteure relevanter. Politische Kontextfaktoren wie Protestkulturen, diskursive Gelegenheitsstrukturen und protest-immanente Faktoren erklären die Protestmerkmale.

**Stichworte:** Soziale Bewegungsforschung, Abschiebungen, Protestkulturen, Protestereignisanalyse, Ländervergleich

### Deportation Protest Cultures: Deportations as a field of conflict in Austria and Germany between 1993 and 2013

**Summary:** The analysis of protest events against deportations in Austria and Germany (1993–2013) reveals significant differences regarding the actors, means, and claims of protests. In Austria, protests are characterized by non-organized citizens and a focus on specific deportation cases. Protests in Germany to a larger extent aim at policy changes and include more experienced activists. These differences can be explained by political cultures, discursive opportunity structures and internal protest characteristics.

**Keywords:** Social movement studies, deportations, protest cultures, protest event analysis, comparison

#### Autorinnenangaben:

Prof. Dr. Sieglinde Rosenberger, Universität Wien, Institut für Politikwissenschaft, Universitätsstraße 7/2, A-1010 Wien, sieglinde.rosenberger@univie.ac.at

Prof. Dr. Helen Schwenken, Universität Osnabrück, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), Neuer Graben 19/21, 49074 Osnabrück, hschwenken@uos.de

Maren Kirchhoff, M.A., Universität Osnabrück, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), Neuer Graben 19/21, 49074 Osnabrück, mkirchhoff@uos.de

Nina Maria Merhaut, Universität Wien, Institut für Politikwissenschaft, Universitätsstraße 7/2, A-1010 Wien, nina.merhaut@univie.ac.at



Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-4593-7 (Print)

ISBN 978-3-8452-8841-3 (ePDF)

1. Auflage 2017

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Leviathan

Jahrgang 45 · Sonderband 33 · 2017

### Inhaltsübersicht

Vorwort ..... 7

*Dieter Rucht und Simon Teune*

Einleitung: Das Protestgeschehen in der Bundesrepublik seit den 1980er Jahren zwischen Kontinuität und Wandel ..... 9

### I. Proteste im Kontext von Transnationalisierung und Mehrebenensystemen

*Regina Becker und Swen Hutter*

Europäisierte Protestlandschaft. Ausmaß und Formen europäisierter Proteste mit deutscher Beteiligung von Maastricht bis zur Eurokrise ..... 37

*Melanie Kryst und Sabrina Zajak*

Mehr Staat durch Markt? Adressierungsstrategien der Anti-Sweatshop-Bewegung in Europa ..... 63

*Felix Anderl*

Protest – Öffnung – Wandel? Transnationale Advocacy-Netzwerke in der ›geöffneten‹ Gelegenheitsstruktur ..... 93

*Christian Scholl und Annette Freyberg-Inan*

Wir sind die Universität! Die Proteste auf Europas Campussen im gesellschaftlichen Kontext transnationaler Globalisierungskritik: Fallstudie der Amsterdamer Universitätsproteste von 2015-2016 ..... 117

### II. Protest in der (Post-) Demokratie

*Oliver Nachtwey*

Citizenship-Proteste? Zum Wandel des sozialen Konflikts ..... 147

*Sigrid Baringhorst, Mundo Yang, Kathrin Voss, Lisa Villioth*

Webzentrierte Hybridkampagnen – Ausdruck postdemokratischer Protestpartizipation? ..... 171

*Holger Janusch und Volker Mittendorf*

|                                                                                                          |     |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Globalisierungskritik in der Postdemokratie. Effekte sozialer Proteste gegen<br>US-Handelsabkommen ..... | 198 |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|

### III. Protestkulturen seit den 1990er Jahren

*Lisa Bleckmann und Christian Lahusen*

|                                                                                                                                          |     |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Unterschiedliche Protestkulturen? Eine vergleichende Analyse von<br>Demonstrationsteilnahme in Ost- und Westdeutschland, 1990-2013 ..... | 227 |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|

*Sieglinde Rosenberger, Helen Schwenken, Maren Kirchhoff und Nina Maria Merhaut*

|                                                                                                                          |     |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Abschiebe-Protest-Kulturen: Abschiebungen als Konfliktfeld in Deutschland und<br>Österreich zwischen 1993 und 2013 ..... | 255 |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|

*Dieter Rink*

|                                                                                                                                               |     |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Die Montagsdemonstration als Protestparadigma. Ihre Entwicklung von 1991<br>bis 2016 untersucht am Beispiel der Leipziger Protestzyklen ..... | 282 |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|

*Priska Daphi und Nicole Deitelhoff*

|                                                                                  |     |
|----------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Protest im Wandel? Jenseits von Transnationalisierung und Entpolitisierung ..... | 306 |
|----------------------------------------------------------------------------------|-----|

|                      |     |
|----------------------|-----|
| Autorenangaben ..... | 323 |
|----------------------|-----|

## Vorwort

Proteste sind eine zentrale Form politischer Partizipation, in der sich Bürgerinnen und Bürger selbstorganisiert und unmittelbar artikulieren und damit Konflikte sichtbar machen. Da sie außerhalb politischer Institutionen und vielfach unabhängig von formal organisierten Vereinigungen stattfinden, wurden Proteste vom politikwissenschaftlichen Mainstream lange vernachlässigt. Allerdings hat sich in den letzten Jahren das Interesse an diesem Themenbereich deutlich erhöht. Als Katalysator dafür wirkten Proteste gegen Infrastrukturprojekte wie Stuttgart 21, Flughafenerweiterungen und Stromtrassen, aber auch die Auseinandersetzungen um Themen wie Bankenregulierung, Freihandelsabkommen, Netzpolitik, Gentrifizierung und Migration. Proteste sind in vielerlei Hinsicht bedeutsam für politikwissenschaftliche Fragestellungen. Sie beeinflussen öffentliche Diskurse, politische Kultur, einzelne politische Entscheidungen und Politikfelder, zuweilen sogar ganze Regierungssysteme. Ihr potentieller oder realer Einfluss auf alle Phasen des Politikzyklus – von der Problemdefinition bis zur Evaluation – ist offenkundig. Zuletzt wurde das durch eine neue Welle von Protesten belegt, die vom Arabischen Frühling bis zu den Protesten gegen Austeritätspolitik in vielen Ländern Europas sehr unterschiedliche Dynamiken auslöste.

Gleichzeitig befindet sich die Protestlandschaft selbst im Wandel. Soziale Bewegungen haben sich im Kontext von Globalisierung und Digitalisierung seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts stark gewandelt. Der vorliegende Sonderband soll Einsichten in die veränderte Protestlandschaft in Deutschland und Europa bieten. Insbesondere geht es um einen Überblick zu den Bedingungen, Formen und Effekten von Protesten der letzten Jahrzehnte. Mit dem Sonderband sollen zumindest Teile der vorhandenen Forschung im deutschsprachigen Raum zu sozialen Bewegungen und Protesten zusammengebracht und auf politikwissenschaftliche Fragestellungen bezogen werden.

Gesellschaftliche Veränderungen bedingen und strukturieren Protest auf unterschiedliche Weise. In der Politikwissenschaft sind in diesem Zusammenhang in den letzten Jahren Stichworte wie Postdemokratie, Mehrebenenregime und Digitalisierung diskutiert worden. Folgt man etwa der These vom postdemokratischen Zustand liberaler Demokratien, der zufolge die Volkssouveränität durch die Verlagerung der Entscheidungsfindung und andere Tendenzen ausgehöhlt wird, so hat dies auch Einfluss auf den Protestsektor. Wenn sich politische Entscheidungen und Regulierungen von Kommune, Land, Nationalstaat und internationalen Regimen zunehmend überlagern, so reagieren Protestbewegungen unter anderem mit veränderten Deutungsmustern, einer Erweiterung des Adressatenkreises und neuen Organisationsformen. In den letzten Jahren waren insbesondere die globalisierungskritischen Bewegungen Ausdruck solcher Veränderungen. Am Beispiel der jüngsten Protestwelle der »Empörten« wird die Spannung zwischen europäischer und nationalstaatlicher Ebene besonders deutlich, da sich die Kritik in erster Linie auf das Handeln nationaler Regierungen richtet, welches jedoch zunehmend von